

Eingomy 26.01.11

M: 27.11



Fraktion

Die Linke

im Rat der Stadt Lüdenscheid

Bürgermeister

Herr Dieter Dzewas Lüdenscheid, .02.2011

Betr.: Umwandlung der Kultureinrichtungen in eine AöR Kultur, einen stadteigenen Betrieb oder eine gGmbH

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aus Politik, Verwaltung und Presse ist bekannt, dass es ernsthafte Überlegungen gibt die städt. Kultureinrichtungen Galerie, Musikschule, Museum und Kulturhaus aus dem bisherigen Verwaltungsbereich auszugliedern und einer anderen Betriebsform zuzuführen, z.B. die einer Anstalt öffentlichen Rechts Kultur(AöR Kultur).

Zu diesem umfangreichen Themenkomplex hat die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung:

1. Wie kann sicher gestellt werden, dass Mindeststandards wie z.B. Öffnungszeiten, erschwingliche und sozialverträgliche Eintrittspreise eingehalten werden?
2. Der Einfluss auf die Kulturpolitik ist bereits durch die globale Budgetierung eingeschränkt. Für wie groß halten Sie die Gefahr, dass bei zukünftiger enger Budgetierung die Aufgaben einer notwendigen Angebotsvielfalt für alle Bevölkerungsschichten vernachlässigt werden und die Konzentration auf rein einnahmestarke Angebote gerichtet wird?
3. Der Fraktion liegt umfangreiches Material zur Ausgliederung der besagten städt. Kultureinrichtungen vor. Wurde mit der gleichen Intensität geprüft was für den Verbleib der Einrichtungen in der bisherigen Form spricht? Wurden dazu auch vergleichbare Kommunen befragt?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
4. Von einer Umwandlung wären viele MitarbeiterInnen betroffen. Wurde von diesen ein Meinungsbild eingeholt?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
5. Bleiben Eingruppierung, Zusatzversorgung und alle weiteren sozialen Leistungen für die MitarbeiterInnen bei einer Umwandlung der Kultureinrichtungen gewahrt?
6. Ist der Einfluss der Personalvertretung gewährleistet und wären Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten?
7. Wie kann sicher gestellt werden, dass bei einer möglichen Umwandlung der Kultureinrichtungen z.B. in eine AöR diese sich im Verlaufe der Zeit nicht noch weiter verselbständigt und der Einfluss von Verwaltung und Rat noch weiter abgebaut wird?
8. Wie kann gewährleistet werden, dass nicht vordringlich die Selbstverwirklichungsinteressen der



Vorstandskräfte und des Beirates zum Tragen kommen, sondern die pflichtgemäßen Kulturaufgaben einer Kommune für die Gesamtbevölkerung?

9. Wie sehen Sie die Gefahr, dass vor dem Hintergrund knapper Kulturfinanzierung der Einfluss der werbetreibenden Wirtschaft zunimmt und öffentliche Kulturangebote für kommerzielle Werbeveranstaltungen missbraucht werden?

10. Schon 2006 gab es ernsthafte Überlegungen die Kultureinrichtungen auszugliedern. Dieses Ansinnen wurde dann aber verworfen. Was waren die seinerzeitigen Gründe für die Beibehaltung des Status Quo und wie sind diese Gründe heute zu bewerten?

Die Beantwortung der o.a. Fragen wird ebenfalls in unsere Stellungnahme zu einer möglichen Umwandlung der kulturellen Einrichtungen mit einfließen.

Hochachtungsvoll

(Kut)

Ratsmitglied



1.6.11